Ausländer- und Asylpolitik aus Nordwestschweizer Perspektive

tok. Das Pfeffinger Forum ist unbestritten die traditionsreichste und zugleich renommierteste Politveranstaltung der Region. Auch im mittlerweilen 19. Jahr ist es das erklärte Ziel des Forums, einen Beitrag zur politischen Meinungsbildung zu leisten. Gleichzeitig hat sich der Anlass, der erstmals an einem Freitagabend über die Bühne geht, längst als gesellschaftlicher Anlass etabliert, an dem sich die (vorwiegend bürgerliche) Politprominenz ein Stelldichein gibt. Dazu beigetragen hat die seit Jahren hochkarätig besetzte Rednerliste. Micheline Calmy-Rey, Samuel Schmid, Hans-Rudolf Merz, Doris Leuthard – in dieser Reihenfolge beehrten in den vergangenen Jahren mehrere Bundesräte das Birseck und bezogen zu jeweils aktuellen Fragen und Problemen aus ihrem Verantwortungsbereich Stellung.

Neben den bundesrätlichen Highlights überzeugte das Forum auch immer wieder mit gewichtigen Gästen für die «zweite Reihe», etwa Nahostkorrespondent Ulrich Tilgner, Wirtschaftsprofessor Franz Jaeger oder – so im vergangenen Jahr – die Präsidenten der fünf grossen Fraktionen in Bundesbern. Auch in diesem Jahr wartet das Pfeffinger Forum mit klingenden Namen auf. Die Vorsteher der Justiz und Polizeidirektionen der vier Nordwestschweizer Kantone – Sabine Pegoraro (BL), Hanspeter Gass (BS), Peter Gomm (SO) und Urs Hofmann (AG) – werden das bundesrätliche Referat in einer von Forumsleiter Paul Schär moderierten Podiumsdiskussion vertiefen. Insbesondere werden die vier Regierungsräte darstellen, welches die grössten Probleme bezüglich der Ausländer- und Asylpolitik aus der Sicht ihres Kantons sind.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion, an der auch Evelyne Widmer-Schlumpf teilnehmen wird, beantwortet die Bundesrätin Fragen aus dem Publikum.

Sabine Pegoraro, Regierungsrätin Kt. Basel-Landschaft

Hanspeter Gass, Regierungsrat Kt. Basel-Stadt

Paul Schär, Leiter Pfeffinger Forum

Peter Gomm, Regierungsrat Kt. Solothurn

Urs Hofmann, Regierungsrat Kt. Aargau

In diesem Zusammenhang wird etwa immer wieder das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf der Gemeindeebene diskutiert und gefordert. Erst in diesem Sommer wies der Baselbieter Landrat einen entsprechenden Vorstoss ab. Wie stellen Sie sich dazu?

Eveline Widmer-Schlumpf: Mit der Integration streben wir Teilhabe der ausländischen Bevölkerung am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben an. Da stellt sich natürlich auch die Frage des Einbezugs in Entscheidprozesse. In vielen Kantonen, aber auch in grösseren Gemeinden gibt es daher Ausländerräte oder Ausländerkommissionen, die als Konsultativorgane einen wertvollen Beitrag leisten. Wichtig scheint mir persönlich, dass Ausländerinnen und Ausländer vermehrt auch in Gremien wie etwa Schulkommissionen, Elternräten oder Schlichtungsstellen mitwirken können.

Zur erfolgreichen Integration haben auch wir Schweizer einen Beitrag zu leisten. Wie beurteilen Sie unter diesem Aspekt das umstrittene Plakat zur Anti-Minarett-Initiative?

Eveline Widmer-Schlumpf: Statt über das Auf- oder Abhängen dieser Plakate sollten wir über den Inhalt der Minarett-Initiative diskutieren. Sie löst kein einziges Problem, vielmehr schafft sie neue, vor allem setzt sie den Religionsfrieden in unserem Land aufs Spiel.

Einzelne Gemeinden, allen voran die Stadt Basel, untersagen den Plakataushang. Ist das Verbot richtig oder falsch?

Eveline Widmer-Schlumpf: Ich finde ich es richtig, dass die einzelnen Gemeinden – gestützt auf ihre Reglemente und Verordnungen – darüber befinden, ob sie solche Plakate zulassen oder nicht. Genauso richtig ist es, dass Gemeinden und Kantone im Einzelfall über den Bau eines Minaretts befinden und prüfen, ob und mit welchen Auflagen ein solches Baugesuch bewilligt werden kann. Die Einwohnerinnen und Einwohner wissen, wo die Grenzen sind, und wo allenfalls neue Grenzen zu setzen sind. Dieses System funktioniert und soll auch so bleiben. Die Initiative will dieses bewährte System ohne Not zerstören, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ihre Zuständigkeit absprechen.

Die Asylgesuche sind im 2009 sprunghaft angestiegen. Das Bundesamt für Migration geht von 17500 Gesuchen bis Ende Jahr aus. Warum dieser Anstieg? Woher kommen die Asylbewerber?

Eveline Widmer-Schlumpf: Die Asylzahlen sind im Jahr 2009 nicht sprunghaft gestiegen, ganz im Gegensatz zum Vorjahr. Die Zahlen des dritten Quartals (Juli – September) liegen 15 Prozent unter den Vergleichszahlen des Vorjahres. Für die kommenden Monate ist ein jahreszeitlich bedingter Anstieg der Asylgesuche nicht auszuschliessen. Durchschnittliche monatliche Eingänge von 2000 und mehr Gesuchen wie im vergangenen Jahr sind indes für das letzte Quartal 2009 kaum zu erwarten.

Im Übrigen handelt es sich bei 17500 Asylgesuchen pro Jahr nicht um eine aussergewöhnlich hohe Zahl. Zum Vergleich: Während der vergangenen neun Jahre wurden pro Jahr im Durchschnitt ebenfalls rund 17500 Asylgesuche eingereicht – die Kosovo-Krise Ende der 90er-Jahre, als die Zahlen ausserordentlich hoch waren, nicht eingerechnet.

Wenn die Asylzahlen steigen, dann tun sie dies im Übrigen nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen Ländern.

Wie viele dieser Bewerber dürfen darauf hoffen, Asyl zu bekommen? Welche Kriterien müssen sie erfüllen?

Eveline Widmer-Schlumpf: Die Anerkennungsquote lag im dritten Quartal 2009, d. h. von Juli bis September, mit 16,3 Prozent deutlich unter der Anerkennungsquote von 23,0 Prozent, die für das ganze Jahr 2008 zu verzeichnen war. Der Rückgang der Anerkennungsquote ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass das Bundesamt für Migration seit Herbst 2008 Gesuche von Staatsangehörigen aus Ländern mit einer geringen Anerkennungsquote schwerpunktmässig behandelt.

> *Wie es mit mir als Politikerin nach den Wahlen 2011 weitergeht, weiss niemand.*
>
> EVELINE WIDMER-SCHLUMPF

Angesichts der Gesuchsmenge sollen in den Aufnahmezentren kostensparende Schnellverfahren durchgeführt werden, fordern bürgerliche Kreise. Sind solche Schnellverfahren aus rechtlicher wie humanitärer Sicht überhaupt denkbar?

Eveline Widmer-Schlumpf: Ich bin der Meinung, dass die Anhörung zu den Gründen, weshalb eine Asyl suchende Person bei uns um Schutz nachsucht, und die Entscheidfindung noch stärker als bisher aus einer Hand kommen müssen, d. h. durch ein und denselben Sachbearbeiter. Eine umfassende Optimierung der Abläufe im Bundesamt für Migration läuft. Zudem habe ich eine Expertengruppe eingesetzt, die prüfen soll, wie sich die Einführung eines allfälligen materiellen Schnellverfahrens anstelle des geltenden Nichteintretensverfahrens in rechtlicher und praktischer Hinsicht auswirken würde. Es hat sich nämlich gezeigt, dass der Prüfungsaufwand im Rahmen eines Nichteintretensverfahrens nicht geringer ist als bei einem ordentlichen materiellen Verfahren. In einfachen und raschen materiellen Verfahren sollte der Aufwand gesenkt werden können. Der erwähnten Expertenkommission gehören Vertreter der Kantone, der Wissenschaft, der Hilfswerke und natürlich der Bundesverwaltung an.

Ob Sie mit Ihrer Partei, der BDP, an der nächsten Gesamterneuerungswahl den Bundesratssitz halten können, ist mit Blick auf die aktuelle politische Grosswetterlage mehr als fraglich. Wie gehen Sie damit um, Bundesrätin auf Zeit zu sein?

Eveline Widmer-Schlumpf: Wie es mit mir als Politikerin nach den Wahlen 2011 weitergeht, weiss niemand. Mich selbst beschäftigt diese Frage heute nicht. Ich mache meine Arbeit als Bundesrätin sehr gern, kann mir aber durchaus auch noch anderes vorstellen. Ich bemühe mich ganz einfach weiterhin, gute Arbeit zu machen und so zu politisieren, wie ich das als für unser Land richtig erachte.

Welchen Traum wollen Sie sich erfüllen, wenn Sie einmal wieder mehr Zeit für sich selber haben?

Eveline Widmer-Schlumpf: Da gibt es einiges, sowohl im privaten Bereich als auch mit Bezug auf «ausserhäusliche» Tätigkeiten.

Pfeffingen wird morgen Abend für einige Stunden wieder zum Politmekka der Region.

FOTO: EDMONDO SAVOLDELLI

Wir wünschen dem Pfeffinger Forum 2009 viel Erfolg!

Kompetenz und Partnerschaft für Unternehmer.

WIRTSCHAFTSKAMMER BASELLAND

Haus der Wirtschaft ♦ Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für KMU aus Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie

Altmarktstrasse 96
4410 Liestal

Telefon 061/927 64 64
Telefax 061/927 65 50

E-Mail info@kmu.org
Internet www.kmu.org

55405/100